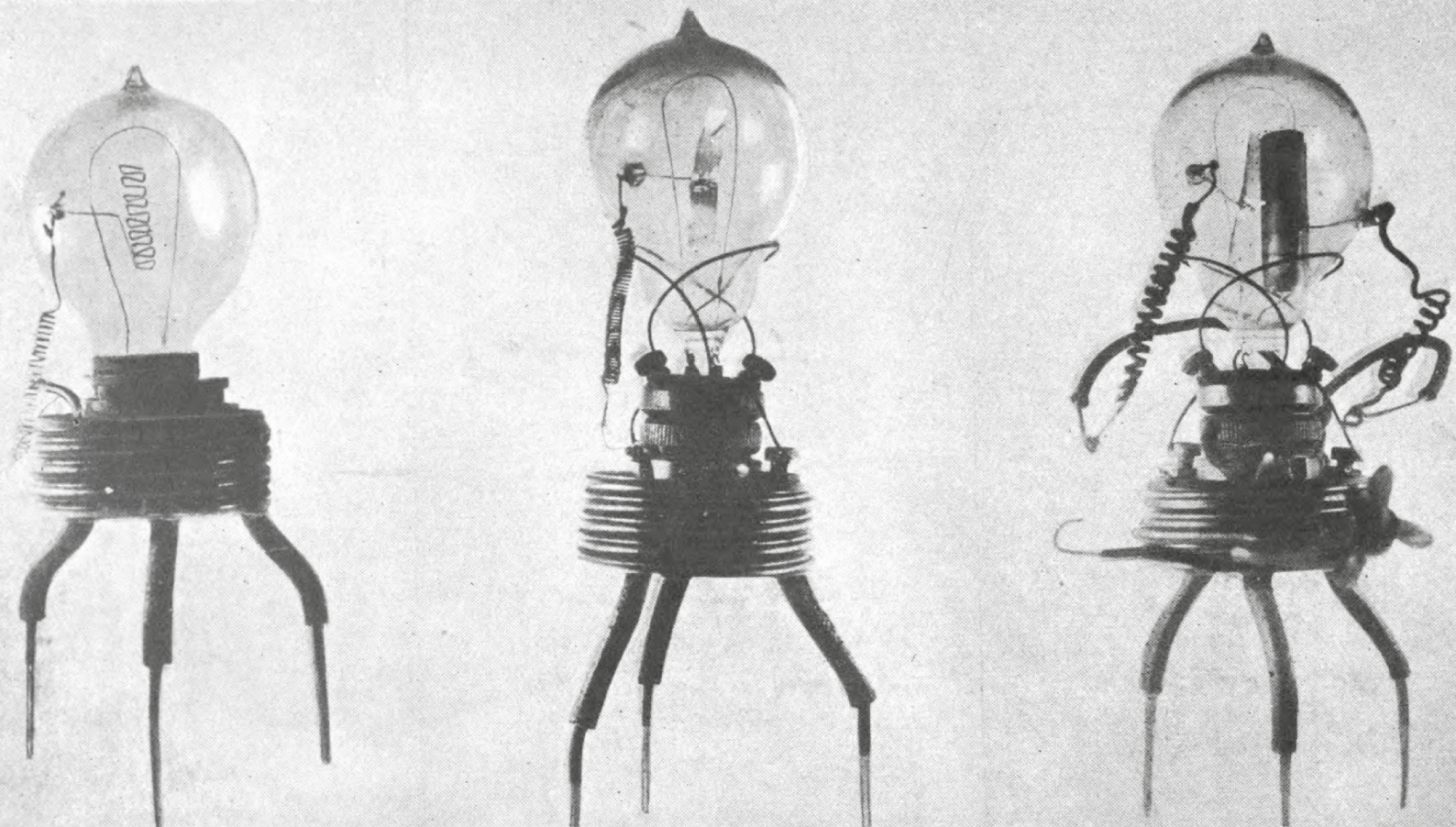


# UR Das Journal

Studentische Forschung an der Universität Wien



Volume 1

## *Future in Progress*

*Kritische Perspektiven auf Wandel und Fortschritt*

in Kooperation mit under.docs

herausgegeben von Katharina Biringer, Katharina Haidn,

Dominik Ivancic, Ahrabhi Kathirgamalingam,

Franziska Lamp und Marlene Uhl



universität  
wien

# Impressum

## **Herausgeber**

Universität Wien  
Universitätsring 1  
1010 Wien

ctl@univie.ac.at

## **Editor-in-Chief**

Erika Unterpertinger  
Center for Teaching and Learning  
Standort A6  
Augasse 2-6, Kern D  
1090 Wien

## **Redaktion und inhaltliche Betreuung der Beiträge in dieser Ausgabe**

Katharina Biringer, Katharina Haidn, Dominik Ivancic, Ahrabhi Kathirgamalingam, Franziska Lamp, Marlene Uhl (Text- und Bildredaktion, Korrektorat und Lektorat)

## **Kontakt:**

under.docs: Verein zur Förderung von NachwuchsforscherInnen der Geistes- und Sozialwissenschaften  
Währinger Straße 29, 1090 Wien

## **Layout**

Katharina Haidn, Dominik Ivancic, Franziska Lamp, Erika Unterpertinger

## **Cover**

Ahrabhi Kathirgamalingam, Erika Unterpertinger  
Verwendete Abbildung: John Ambrose Fleming, via Wikimedia  
Textur: FreePic.com

## **Review-Verfahren**

Die Beiträge wurden einem zweistufigen Review-Verfahren durch die Redaktion unterzogen.

In *UR: Das Journal* ist eine multidisziplinäre Open-Access-Zeitschrift, die vom Center for Teaching and Learning (CTL) in Zusammenarbeit mit Studienprogrammleitungen und Studierendenorganisationen der Universität Wien herausgegeben wird. Sie ist ein multidisziplinärer Raum, in dem studentische Forschungsarbeit im Bachelor und im Master zugänglich gemacht werden. Alle Artikel stehen unter CC-BY-ND-4.0 Lizenz zur Verfügung. Die Form des Peer-Reviews wird im Rahmen der jeweiligen Ausgabe im Impressum angegeben.

---



# Gespalten und vereint in die Veränderung

## Diskursive Verläufe der Energiewende in der Nordwestschweiz am Beispiel der Aargauer Zeitung

Clarisse Aeschlimann

### Abstract

Die sozioökonomischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Energiewende sind vielfältig. Diese Thematik wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteur:innengruppen, die oftmals gegensätzliche Interessen vertreten, diskutiert. Geprägt von zeitgenössischen Debatten zu nationalen Abstimmungen über Energiegesetze oder markanten Ereignissen wie der Nuklearkatastrophe von Fukushima, wandeln sich Ansichten im Laufe der Zeit. Am Beispiel des Energiekantons Aargau untersucht diese Studie mittels einer explorativen Inhaltsanalyse der regionalen Tageszeitung, wie sich die Wertevorstellungen und Argumentationen rund um den Energiewandel zwischen 2006 und 2019 entwickelt und sich gleichgesinnte Akteur:innengruppen infolgedessen neu konfiguriert haben. Die Entstehung eines gemeinsamen Verständnisses der Energiewende wurde erfasst, das mit der Zeit vielschichtiger gestaltet wurde. Ausgehend von einem exklusiven Zusammenhang mit dem Nuklearausstieg wird Energiewende mittlerweile praktisch nur mit erneuerbaren Energien und Klimaneutralität assoziiert. Zudem wurde beobachtet, wie sehr dieses Thema an das politische Zeitgeschehen gebunden ist und inwiefern strategisches Kommunizieren eine Rolle spielt, um mehr Menschen davon zu überzeugen, die Energiewende zu unterstützen.

Keywords: Energiewende, Aargauer Zeitung, explorative Inhaltsanalyse

Empfohlene Zitierweise: Aeschlimann, Clarisse (2023). Gespalten und vereint in die Veränderung. Diskursive Verläufe der Energiewende in der Nordwestschweiz am Beispiel der Aargauer Zeitung. UR: Das Journal, Vol. 1: under.docs – Future in Progress, S. 81-101.

DOI: <https://doi.org/10.48646/ur.230105>

Lizensiert unter der CC-BY-ND 4.0 International Lizenz.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/> oder wenden Sie sich brieflich an Creative Commons, Postfach 1866, Mountain View, California, 94042, USA.

## Einleitung

### Das Dauerproblem der Energiewende und dazugehörige Vorstellungen

Seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts sind energiebezogene Vorhaben stark politisiert. Dadurch heizen die Debatten um die Energiewende den öffentlichen Diskurs an. Technische Fragen, die lange Zeit Fachleuten vorbehalten waren, werden zu sensiblen politischen Themen (Daniel Marek, 2014). Eine gängige Definition der Energiewende ist „der Übergang von einem Wirtschaftssystem, das von einer oder einer Reihe von Energiequellen und -technologien abhängig ist, zu einem anderen System“ (Benjamin Sovacool, 2015). Der entsprechende englische Begriff „energy transition“ ist erstmals in der Mitte der 1970er Jahre in Amory Lovins Artikel „Energy Strategy: The Road not Taken“ aufgetreten, in dem umweltrelevante Risiken der Kernspaltung und der fossilen Brennstoffe geschildert sowie mögliche Wege der Energiezukunft aufgezeigt wurden (Amory Lovins, 1976; Fanny Frei, 2018). Diese Thematisierung steht in Einklang mit dem wachsenden Anliegen der Gesellschaft, sich mehrere Energiezukünfte vorzustellen, die nicht nur von der bereits vorhandenen Infrastruktur abhängig sind (Armin Grunwald, 2012). Entsprechend ist der aktive Eingriff in andernfalls funktionstüchtige Anlagen im Namen eines strategischen Entscheids – beispielsweise die frühzeitige Stilllegung von Kohlekraftwerken – ein signitiver Bestandteil der Energiewende.

Tatsächlich haben alle energieführenden Techniken ihre Vor- und Nachteile. So birgt die Kernenergie die Gefahr einer Exposition gegenüber Radioaktivität und die Sorge, dass die Entsorgung und Lagerung radioaktiver Abfälle über Jahrtausende hinweg ein Problem darstellen könnten. Ebenso wird im Zusammenhang mit dem Klimawandel die übermäßige Abhängigkeit von endlichen, kohlenstoffbasierten Ressourcen wie Kohle und fossilen Brennstoffen sowie deren Auswirkungen auf den Anstieg der Treibhausgasemissionen kritisiert. Auch die erneuerbaren Energiequellen sind nicht frei von Kritik, da ihre schwankende Leistung und der Eingriff in geschützte Naturgebiete für die Gewährleistung einer laufenden Energiezufuhr bei Naturschützer:innen Vorbehalte hervorrufen. Die jeweiligen positiven und negativen Attribute der verschiedenen energieerzeugenden Methoden gleichen sich nicht aus. Es bleibt weiterhin eine kontinuierliche Suche nach dem sichersten, effizientesten und kostengünstigsten Technologiemix und neue Ideen, Projekte und Ausführungen lösen Debatten aus (Franco Romero, 2007). Die Energiewende birgt von Natur aus komplexe und schwierige Herausforderungen, da sie eine kontinuierliche Infragestellung der derzeitigen Infrastruktursysteme und die Notwendigkeit einer sehr langfristigen Planung voraussetzt. Diese ist jedoch schwer umzusetzen, da die Prospektiven ungenau sind und eine Vielzahl von Akteur:innen mit unterschiedlichen Interessen über ein Mitspracherecht bei den Projektionen zukünftiger Energiesysteme verfügen. Um diesbezüglich die geeignetsten Maßnahmen zu ergreifen, ist es notwendig, einen globalen Überblick über diese Infrastrukturen zu behalten (Jean-Michel Gauthier, 2019).



## **Diskurse zur Energiewende in der Schweiz**

Die schweizerische Energieversorgungslandschaft umfasst private und öffentliche Akteur:innen, die der Liberalisierung des Marktes seit den 1990er Jahren unterworfen sind, sowie anderen wirtschaftlichen, rechtlichen, technologischen, nachhaltigen und sozialen Zwängen unterliegen. Da es keine optimale oder allgemeingültige Lösung für jedes potenzielle zukünftige Szenario des Energiesystems gibt, sind sich die Expert:innen auf diesem Gebiet uneinig, weil alle Standpunkte bis zu einem gewissen Grad ihre Berechtigung haben. Disruptive Vorschläge haben daher die Tendenz, Kontroversen auszulösen und möglicherweise die jeweils aktuelle Meinungshoheit zu untergraben. So hat die Nuklearkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 die politische Agenda in einer seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts noch nie dagewesenen Weise mobilisiert und gleichzeitig die öffentliche Vorstellung von der Energiewende tiefgreifend beeinflusst, weil die Veränderung der Debatte die politischen Entscheidungsträger dazu veranlasste, angepasste Maßnahmen in dieser Frage zu ergreifen (Frei, 2018).

Im Rahmen dieser schriftlichen Darlegung wird untersucht, welches Verständnis und welche Argumentationsmuster in Bezug auf die Energiewende von medialen Akteur:innengruppen in der Schweiz vertreten werden. Ziel dieser Studie ist es, die Wechselwirkung zwischen der Manifestation neuer Ereignisse im Zusammenhang mit der Energiewende und deren Auswirkungen auf die öffentliche Meinung zu untersuchen. Zu diesem Zweck wird eine explorative Inhaltsanalyse der schweizerischen Lokalzeitung *Aargauer Zeitung* durchgeführt. Das von der Zeitung abgedeckte Gebiet – der Kanton Aargau – wird oft als *Energiekanton* bezeichnet, da es drei Kernkraftwerke beherbergt und damit ein Drittel des schweizerischen Strombedarfs abdeckt (Kanton Aargau, 2019). Aus diesem Grund spielen Energieanliegen eine besondere Rolle für die einheimische Bevölkerung, deren Ansichten man sich durch die Analyse lokaler Medien anzunähern versucht. Wie wird die Energiewende im öffentlichen Diskurs dargestellt? Wie verändern sich ihr Verständnis und ihre Akzeptanz im Laufe der letzten 15 Jahre? Welche Arten von Akteur:innen sind in der Medienarena präsent und welche Ansichten vertreten sie? Zur Beantwortung dieser Fragen zur Wahrnehmung und Sinnkonstruktion der Energiewende werden im folgenden Kapitel theoretische Konzepte definiert.

## **Drei miteinander verknüpfte Ansätze zur fortschreitenden Sinngebung**

Die folgenden Theorien stammen aus unterschiedlichen Fachgebieten der Sozialwissenschaften, teilen allerdings untereinander Gemeinsamkeiten, die es erlauben, ein umfassendes Modell zu bilden. Dieses Modell wird in dieser Studie als empirischer Deutungsrahmen verwendet, um den Diskursverlauf zur Energiewende zu erfassen.

## Akteur:innenkoalitionen

Im Neoinstitutionalismus werden Akteur:innengruppen oder -koalitionen als soziale Mesoeinheiten beschrieben, die gemeinsame Ziele und Interessen haben, durch dieselben Werte und Überzeugungen geprägt sind und unter den gleichen normativen Einflüssen stehen (Andrew Hoffman, 1999). Trotz des notwendigen Sinnzusammenhangs von Akteur:innenkoalitionen zur Aufrechterhaltung ihres Zugehörigkeitssystems werden diese durch soziale und institutionelle Mechanismen beeinflusst, die zu Unstimmigkeiten innerhalb desselben Systems führen können (Philipp Leifeld & Sebastian Haunss, 2012). Da die Akteur:innen durch ein gemeinsames Verständnis eines Themas zusammengebracht werden, Themen jedoch weder eine universelle noch eine dauerhafte Bedeutung haben, wird der Bestand von Akteur:innenkoalitionen kontinuierlich in Frage gestellt (Jean-Baptiste Litrico & Robert David, 2017). Daher können Mitglieder einer Gruppe diese verlassen, wenn ihre Ansichten nicht mehr mit der Gruppe übereinstimmen. Genauso gut können neue Mitglieder in diese Gruppe eintreten. Anders formuliert, entwickeln sich Mitglieder von Akteur:innenkoalitionen und deren Standpunkte weiter und werden im Laufe der Zeit neu konfiguriert. Dieser wechselseitige Prozess verdeutlicht die Koevolution von Akteur:innennetzwerken (Michael Lounsbury & Eric Zhao, 2013).

Folgende Veränderungsmechanismen in der Konstellation von Akteur:innengruppen wurden empirisch beobachtet: Einerseits werden plötzliche soziale und institutionelle Dynamiken durch unvorhergesehene, disruptive Ereignisse ausgelöst. Diese können in Form von Katastrophen oder als Umsetzung neuer institutioneller Maßnahmen auftauchen. Infolgedessen schaffen diese Ereignisse Unsicherheit in dem Zugehörigkeitssystem und zwingen Akteur:innenkoalitionen dazu, von ihren etablierten Praktiken abzuweichen, um sich anpassen zu können (Hoffman, 1999). Was zuvor unvorstellbar erschien, wird als Chance genutzt, um den Status quo in etwas vollkommen Neues zu modifizieren. Andererseits werden konvergierende Wechselwirkungen vom Umfeld generiert, in das die Koalitionen eingebettet sind. Somit nähern sich mit der Zeit einst andersdenkende Akteur:innen und Standpunkte einander an und erreichen eine Form kollektiver Rationalität. Dieser Prozess der Anpassung an externe, gar institutionelle Vorgaben innerhalb eines Bereichs wird als *Isomorphie* bezeichnet (Andrew Hoffman & Marc Ventresca, 2002).

Drei wesentliche Einflusskräfte führen zu *Isomorphie*: autoritär, mimetisch und normativ. Autoritärer Einfluss wird von außerhalb der Gruppe ausgeübt und beruht auf der Ausführung staatlicher Gewalt. Mimetische Verhaltensweisen werden ausgelöst, wenn sich Gruppen an der Haltung anderer Einheiten orientieren und diese imitieren. Der normative Einfluss stammt von Fachleuten und Expert:innen, die Normen, Erfolgsmodelle und konventionelles Wissen propagieren (Paul DiMaggio & Walter Powell, 1983). Koalitionen werden allerdings nicht eindeutig von institutionellen oder öffentlichen Anforderungen zur Isomorphie angetrieben, sondern passen sich auch freiwillig an, um Legitimität bei verschiedenen Zielgruppen zu erlangen. Das Streben nach Legitimität ist daher auch eine strategische Angelegenheit (Raimund Hasse, 2012).

## Framing-Entwicklung

Als Deutungsraaster prägen Frames die Art und Weise, in der die Gesellschaft wahrgenommen werden kann. Sie dienen dazu, die Komplexität von Themen zu reduzieren und den Akteur:innen Orientierung zu geben (Juliana Raupp & Daniel Völker, 2014). Wenn ein Thema aus einem bestimmten Blickwinkel dargestellt wird, konstruieren und verändern Frames die Wahrnehmung dieses Themas durch die Auswahl, Auslassung oder Betonung bestimmter Attribute (Heinz Bonfadelli & Thomas Friemel, 2011). Die Bedeutung oder Botschaft ermöglicht nicht nur den Zugang zu einer Information über ein bestimmtes Thema, sondern wird auch durch die Art und Weise oder die Strategie verstärkt, die zur Festlegung eines bestimmten Interpretationsrahmens eingesetzt wird, mit dessen Hilfe Informationen angemessen eingeordnet und verarbeitet werden können. Durch dieses Phänomen können einige Akteur:innen und Argumente mehr Legitimation erhalten als andere (Frank Marcinkowski, 2014). Die Entwicklung strategischer Frames und Framings erfolgt in einem iterativen Prozess. So wird das strategische Framing in Interaktion mit dem wahrgenommenen Umfeld schrittweise entwickelt und angepasst (Raupp & Völker, 2014).

Frames werden erst sichtbar, wenn ihre Bedeutung in Kraft getreten und wirksam geworden ist. Es ist jedoch möglich, einen Wahrnehmungswandel zu beobachten, der zu neuen Denkweisen führt. Um ein gemeinschaftliches Verständnis eines Konzepts zu erreichen, durchlaufen die Frames einen dreistufigen Prozess. In der ersten Phase der *Konventionalisierung* ist der Begriff verbreitet, aber noch abstrakt und offen für unterschiedliche Bedeutungen. Daher sind die Darstellungsformen noch vielfältig. Im zweiten Schritt, der *Klassifizierung*, entsteht eine gemeinsame Verständigungsbasis oder die Aneignung einer bestimmten Interpretation. Schließlich wird in der *Naturalisierungs*-Phase das Verständnis im kollektiven Bewusstsein stabilisiert und die Öffentlichkeit vergisst mehr und mehr, woher das Frame ursprünglich stammt (Joep Cornelissen & Mirjam Werner, 2014).

## Ökonomie der Wertigkeit

Das Ziel der Ökonomie der Wertigkeit ist es, ein gemeinsames Verständnis in einer pluralistischen Landschaft von Begründungen und Meinungen zu finden, in der keine vollständige Übereinstimmung zwischen allen bestehenden Standpunkten erreicht werden kann. Um ein gemeinsames Verständnis über eine Situation oder ein Thema zu erreichen, das eine Vielzahl von Personen betrifft, sind Rechtfertigungsmittel erforderlich. In der pragmatischen Soziologie werden Bezugsordnungen oder Konventionen eingesetzt. Diese „können als interpretative Rahmen aufgefasst werden, die durch Akteure entwickelt und gehandhabt werden, um die Evaluation von und Koordination in Handlungssituationen durchführen zu können“ (Rainer Diaz-Bone & Laurent Thévenot, 2010). Indes umfassen sie ein Argumentationsregister, das bestimmte Wertesysteme erfasst. Durch die Mobilisierung dieser Argumente wird die Begründung legitimiert, die zur Substantialität gemeinsamer Werte führt. Somit kann ein kollektives Übereinkommen in einer zuvor umstrittenen Angelegenheit erzielt werden (Olivier Godard, 2004). Eine soziale Beständigkeit wird erreicht, wenn Argumentationen



Widersprüchen standhalten und von einer Situation zur anderen kongruent bleiben können (Yves-Frédéric Livian & Gilles Herreros, 1994). Gemeinsame Sinnggebung kann also als eine Ko-Konstruktion der beteiligten Parteien verstanden werden, bei der die *kollektive* Beteiligung an der Festlegung einer gemeinsamen Referenzordnung und einer anschließenden Werthierarchie zur Entwicklung individueller Präferenzen führt. Allerdings ist vorstellbar und möglich, dass Argumentationsmuster bewusst angepasst werden, um einer bestimmten Zielgruppe mit einem anderen Wertesystem zu entsprechen und sie somit effektiver zu überzeugen. In diesem Sinne kann der Begründungsprozess auch strategische Ziele beinhalten (Charlotte Cloutier & Ann Langley, 2013). Indem bestimmte Werte in einer Argumentation hervorgerufen werden, können diese, wenn sie richtig eingesetzt werden, ein Zielpublikum erreichen und überzeugen, das sich schließlich dem:der Sprechenden anschließt.

Die Ökonomie der Wertigkeit bezieht sich auf sechs verschiedene *Welten* oder Zustände der Wertigkeit, die sich in Rechtfertigungsmustern manifestieren (Diaz-Bone & Thévenot, 2010); die *inspirierte Welt*, die *häusliche Welt*, die *Welt des Ruhms*, die *bürgerliche Welt*, die *Marktwelt* und die *industrielle Welt*. Jede Welt besteht aus einer Reihe von konsistenten und strukturierten Prinzipien und Rechtfertigungsordnungen, die innerhalb ihrer eigenen Welt in sich kohärent sind (Godard, 2004). Es handelt sich um ideale Begründungsformen, mit denen man das Wesen bestimmter Situationen erkennen und analysieren kann.

<i>Welt</i>	<i>Inspirierte Welt</i>	<i>Häusliche Welt</i>	<i>Meinungswelt</i>	<i>Bürgerliche Welt</i>	<i>Marktwelt</i>	<i>Industrielle Welt</i>
Übergeordnetes Prinzip	Inspiration	Tradition, Hierarchie	Öffentliche Meinung	Bürgerpflicht, Kollektivität	Wettbewerb	Effizienz, Leistung
Zustand der Wertigkeit	Eigenartigkeit, Eigenständigkeit, Spontaneität	Gutmütigkeit, Wohlerzogenheit, Weisheit	Prominenz, Ansehen	Repräsentativität, Gesetzmäßigkeit, Behördenapparat	Kostbarkeit, Reichtum	Wirksamkeit, Funktionsfähigkeit, Zuverlässigkeit
Zustand der Unzulänglichkeit	Gewohnheit, Gegebenheit	Unhöflichkeit, Rücksichtslosigkeit, Verrat, Gemeinheit	Gewöhnlichkeit, Unbekanntheit	Spaltung, Vereinsamung, Individualismus	Verlust, Armut	Stümperhaftigkeit, Unproduktivität
Bezug zur Würdigkeit	Unabhängigkeit, Einzigartigkeit	Ehrenhaftigkeit, Verantwortung, Autorität	Erkennung, Berühmtheit, Sichtbarkeit	Teilnahme, Bevollmächtigung	Besitz	Meisterhaftigkeit

Tabelle 1: Zusammenfassung der Attribute jeder Welt der Wertigkeit (Cloutier & Langley, 2013; dt. Übers. durch Autorin).

Jede Welt enthält ein übergeordnetes Prinzip, das die Koordination sicherstellt und es den Akteur:innen ermöglicht, sich zu einigen, wenn sie unter derselben Referenzordnung stehen. Eine ansprechende Argumentation in einer Welt kann in anderen Welten genauso gut zu Einstimmigkeit führen, wie auch als belanglos empfunden werden und somit sogar zu einem Zustand der Unzulänglichkeit kippen (Livian & Herreros, 1994). Es gibt keinen vereinheitlichenden Zustand der Wertigkeit, der jeder Bezugsordnung gerecht werden kann. Daher besteht ein Großteil dieses Modells darin, Konflikte, Allianzen und Kompromisse zwischen Wertesystemen zu beobachten (Livian & Herreros, 1994; Godard, 2004). In dieser Studie werden diese sechs Welten als Typologien dienen, damit Aussagen nach ihrer entsprechenden Bezugsordnung eingeteilt werden können.

## Zusammenbringen der Ansätze

So wie auch Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Wertigkeitswelten zu finden sind, sind auch bestimmte Konvergenzpunkte zwischen den drei in diesem Kapitel soeben vorgestellten Theorien erkennbar. Die nachstehende Abbildung stellt einen Versuch dar, die Verknüpfung zwischen den drei Ansätzen überblicksartig darzustellen, wobei jeder Ansatz die konzeptionelle Reichweite der beiden anderen potenziell erweitert. Diese Grafik kann sowohl als integrierter als auch als integrativer Forschungsrahmen betrachtet werden.

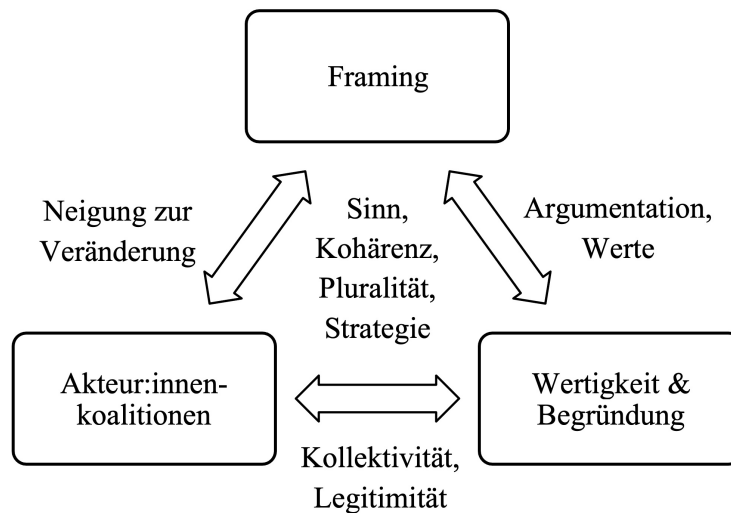


Abbildung 1: Wechselbeziehungen zwischen pluralistischen, sinnstiftenden, theoretischen Konzepten.

Akteur:innenkoalitionen und Begründungsansätze stehen insofern im Einklang, weil sie auf gemeinsamen Wertevorstellungen basieren und von überlegenen Instanzen beeinflusst werden. Somit herrscht ein kollektives Verständnis, das die Legitimität eines Wertesystems bestimmt. Ihrerseits erkennen Begründungsansätze und Frames die Koexistenz von verschiedenen Argumentationsmustern an. Die sechs Werteordnungen der Begründungsansätze könnten sogar als eine Ausweitung der Frames verstanden werden. Schließlich haben die Frame-Entwicklung und Akteur:innenkoalitionen gemeinsam, dass sie sich über die Zeit ändern und Ansprüche auf Kollektivität und Legitimität haben.

Zusammengefasst befassen sich alle drei Ansätze mit einer gemeinsamen Sinngebung, die zu einer gewissen Rechtfertigung des Diskurses führt und die Kodeterminierung zwischen Akteur:innen, Objekten und Kontext bestimmt. Diese und weitere Notionen der Kohärenz, Pluralität und Strategie bilden die gemeinsamen Nenner der zuvor präsentierten Theorien. In der neoinstitutionalistischen Theorie ist die Gestaltung einer kollektiven Rationalität ein Thema, das in das Modell unter dem Stichwort Kohärenz übertragen werden kann. Diese Notion ist ihrerseits Teil des Framing-Ansatzes und der Ökonomie der Wertigkeit, indem mehrere Aussagen durch logische Argumentation kongruent zu einer Idee sind (Matthias Kohring & Matthias Potthoff, 2014). Die generelle Vielfältigkeit der Frames, Werte und Akteur:innenkoalitionen ist in allen drei Ansätzen als eine erforderliche Grundlage definiert. Letztlich befassen sich die drei Ansätze auf ihre eigene Art mit strategischen Betrachtungen, etwa einer im Vorfeld durchdachten Einstellungsänderung zugunsten bestimmter Ziele.

## Operationalisierung

Mithilfe des oben beschriebenen Modells werden in dieser Studie die durch die in der *Aargauer Zeitung* verbreiteten Diskurse über die Energiewende erforscht. Ziel ist, die Wahrnehmungs- und Darstellungsänderung in medialen Inhalten im Laufe der Zeit zu beobachten. Zu diesem Zweck wurde eine explorative Inhaltsanalyse im Zeitraum zwischen 2006 und 2019 durchgeführt. Untersucht wurden Artikel und Leserkommentare, die das Wort ‚Energiewende‘ beinhalteten und in der Informationsdatenbank *Factiva* abrufbar waren. Eine Datenlücke zwischen den Jahren 2012 und 2015 hat eine komplette Analyse des vorbestimmten Zeitraums verhindert. Infolgedessen sind zwei Perioden untersucht worden: 2006–2011 und 2015–2019.

Aus einer Stichprobe von 560 Presseartikeln wurden 417 mittels eines selbsterstellten und bedarfsgerechten Codebuchs ausgewertet. Dieses Codebuch ist in vier Teile gegliedert. Der erste Teil enthält die formalen Daten des Artikels, wie die Wortzahl und das Veröffentlichungsdatum. Der zweite Teil enthält zusätzliche formale Informationen über den Titel, den Untertitel und die Autor:innenschaft des Artikels. Der dritte Abschnitt, der in den Bereich der effektiven Inhaltsanalyse fällt, bezieht sich auf die Akteur:innen, ihre berufliche und politische Zugehörigkeit sowie ihre Verortung. Der vierte Teil schließlich ist den Aussagen der zuvor bewerteten Akteur:innen gewidmet. Dieser beinhaltet einen Beschreibungsbogen, in den der Zeitungsartikel aus den *Factiva*-Daten in das Kodierungsdokument kopiert und eingefügt wurde. Die Einbeziehung der Begründungstheorie war im Codebuch direkt dort anwendbar, wo sechs Spalten der Identifizierung von maximal drei Zuständen der Würdigkeit und drei Zuständen der Unzulänglichkeit innerhalb einer Aussage zugeordnet wurden.

Zu jedem theoretischen Ansatz wurden Hypothesen gebildet.

- Die erste Hypothese untersucht Akteur:innenkoalitionen. Es wird vermutet, dass sich eine Isomorphie über die Zeit bilden wird. Somit wird erwartet, dass sich die Einstellungen zur Energiewende von ursprünglich heterogenen Akteur:innengruppen nach und nach in eine bestimmte Richtung entwickeln würden, gesteuert von zugeordneten, institutionellen Normen.
- Die zweite Hypothese betrifft die Framing-Entwicklung. In ähnlicher Weise wird vorausgesetzt, dass zu Beginn des zu untersuchenden Zeitraums viele diffuse Darstellungsmuster oder Frames koexistieren würden, die sich fortschreitend verringern würden, um ein zielgerichtetes Verständnis der Energiewende zu erzeugen.
- Schließlich bezieht sich die dritte Hypothese auf die Ökonomie der Wertigkeit. Es wird geschätzt, dass von den sechs Bezugsordnungen, die die Ökonomie der Wertigkeit bilden, die Meinungswelt eine kleinere Rolle in der Berichterstattung spielen wird. Es werden in dieser Argumentationskategorie Werte des Ruhms und der Prominenz reflektiert, welche nicht direkt relevant für das Thema Energiewende sind. Zudem, da dieses Thema oftmals fachspezifisches Verständnis erfordert, wird damit gerechnet, dass die industrielle Welt – oder leistungsorientierte Werte – in der Schilderung von Argumenten von Bedeutung sein würden.



## Deskriptive Ergebnisse

### Lokale Geschehnisse der letzten 15 Jahre

Die Berichterstattung in Bezug auf die Energiewende ist gesellschaftlich geprägt und konsequenterweise von den beteiligten Industrien und dem Stand der Wissenschaft beeinflusst, aber auch von politischen Stellungnahmen und der öffentlichen Meinung. Letztere zwei Einflüsse waren im Datensatz am meisten medialisiert und tatsächlich ist ein klarer Zusammenhang zwischen vermehrter Thematisierung der Energiewende und absehbarer Einbindung der Gesellschaft in politische Angelegenheiten in Form von Volksabstimmungen und parlamentarischen Wahlen ersichtlich. Diese Beobachtung führt zur Annahme, dass das Aufgreifen des Begriffs *Energiewende* politisch-strategische Absichten erfüllte.

Nennenswerte Ereignisse in dieser Hinsicht sind eine Ende 2006 lancierte kantonale Volksinitiative der lokalen Grünen Partei (GPS) für die Verdoppelung der erneuerbaren Energien bis 2020, als zur selben Zeit die liberal-radikale Partei (FDP) für ein zusätzliches Kernkraftwerk lobbyierte. Auf nationaler Ebene äußerte der Bundesrat die Absicht nach mehr Energieeffizienz, wobei Sinn und Machbarkeit den Kern der Frage darstellten:

Trotz bekannten Fakten (zunehmender Schadstoffausstoss in die Atmosphäre, Klimaerwärmung) gibt es bei uns tatsächlich Politiker, die diese Fragen ‚gelassen‘ angehen möchten, ein Ausdruck, der konkret besagt: Ja nichts Verbindliches unternehmen (AZ, 22.03.2007).

Die Nuklearkatastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011 hatte weltweit geopolitische Auswirkungen. Nicht zuletzt waren dies die sofortige Sistierung aller neuen AKW-Bauprojekte auf schweizerischem Boden sowie der Anfang einer Debatte zum Atomausstieg. Seinerseits reagierte der ‚Energiekanton‘ Aargau im nationalen Vergleich schneller und pragmatischer, indem sich Akteur:innen aus der Politik und der erneuerbaren Energieindustrie – bekannt gemacht unter dem Begriff ‚Cleantech‘ – zusammenschlossen und bereits drei Monate nach dem Vorfall Fukushima eine Nuklearausstiegskommission lancierten. Diese hatte zum Ziel, die Entwicklung erneuerbarer Energien zu fördern, um somit den Atomausstieg für 2035 verwirklichen zu können. Regionale Abstimmungen folgten diesem Cleantech-Plan, der im Herbst mit knapper Mehrheit von der Bevölkerung genehmigt wurde (AZ, 16.11.2011).

Vier Jahre später erschien der Begriff *Energiewende* prominent zur Vorbereitung der kommenden Parlamentswahlen, weil sich eine Vielzahl von amtierenden und angehenden politischen Persönlichkeiten dazu äußerte. Während sich die kantonale Politik bereits fünf Jahre zuvor zu einem Atomausstiegsplan entschieden hatte, lief national die Debatte diesbezüglich weiter. Im Frühjahr 2016 beschloss der Bundesrat, dass keine Zeiteinschränkung für einen landesweiten Atomausstieg festgelegt werden würde. Eine 2012 lancierte Volksinitiative zum schnelleren Atomausstieg wurde im November dieses Jahres abgestimmt. Diese beanspruchte, dass AKWs 45 Jahre Betriebszeit nicht überschreiten sollten, was zu einer atomkraftfreien Schweiz ab dem Jahr 2029 geführt hätte. Obwohl sie sich mit knapp 46% Befürwortenden national recht gut durchgeschlagen hatte, ist die Initiative im Kanton Aargau mit beinahe 80% Opposition in AKW-benachbarten Gemeinden massiv abgelehnt worden (AZ, 28.11.2016).

Während der ersten Hälfte des Jahres 2017 waren die Diskurse über die Energiewende geprägt von der nationalen Volksabstimmung zur Revision des Energiegesetzes, die letztlich angenommen wurde. Seitdem gab es keine rekurrierenden, großen Diskussionsgegenstände zur Energiewende, jedoch regelmäßige Berichterstattung zu verwandten Themen wie der Wiederinbetriebnahme eines AKWs nach drei Jahren Revisionsarbeit, die Erwähnung lokaler, erneuerbarer Energieprojekte, der Rücktritt der für die Energie zuständigen Bundesrätin nach acht Jahren Dienstzeit, Kommentare zu den damals auftauchenden Klimademos, oder die geplante Einstellung eines Kernkraftwerks im Nachbarkanton Bern.

### **Ungleiche Akteur:innenkoalitionen**

Entsprechend der offenkundigen, politischen Brisanz des untersuchten Themas sind politische Akteur:innen eindeutig überrepräsentiert, verglichen mit Akteur:innen aus anderen Tätigkeitsbereichen. Aus dieser Feststellung wurde empirisch entschieden, sich mehrheitlich auf politische Akteur:innenkoalitionen zu fokussieren. Der eben erwähnte politisierte Trend ist allerdings nicht durchgehend erkennbar, sondern entstand zeitgleich mit der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011. Wiederum erzeugte dieses Ereignis einen beispiellosen überparteilichen Konsens für den Atomausstieg während eines ganzen Monats, bevor wieder erste Unstimmigkeiten auftraten.

Zu Beginn des analysierten Zeitraums 2006 wurde der Begriff ‚Energiewende‘ in der Berichterstattung sehr wenig verwendet und stammte mehrheitlich aus sozialen Bewegungen und der Grünen Partei, aber auch von Vertreter:innen der Wissenschaft, der Regierung, der Industrie und der zivilen Gesellschaft. Trotz der anfänglichen Ergreifung des Themas durch die GPS haben im Ganzen vor allem Vertreter:innen der Sozialdemokratischen Partei (SP) die Energiewende thematisiert, gefolgt von der FDP. Erstere äußerte sich von Anfang an zugunsten der Energiewende und behielt durchgehend denselben Standpunkt wie die GPS bei. Ihre Stellungnahmen hielten durch die gesamte untersuchte Periode stand, weshalb hier nicht von einer Isomorphie gesprochen werden kann. Zentrische Meinungsmacher, wie die Christliche Volkspartei (CVP) und die FDP, waren zu Beginn nicht ausdrücklich für oder gegen das Prinzip: „Vertreter von FDP und CVP sprachen sich für erneuerbare Energien aus, sofern diese marktfähig seien“ (AZ, 22.03.2007). Indessen unterschieden sich die Wahrnehmungen hinsichtlich der Ausführung der Energiewende.

Da bestimmte FDP-Vertretungen selbst im Verwaltungsrat von AKW-Konzernen sitzen, war zu vermuten, dass sie sich nicht unbedingt zugunsten eines Atomausstiegs aussprechen würden. Das Ereignis von 2011 führte zu einer Spannung innerhalb dieser Partei:

„Was in Japan erfolgt ist, kann auch in der Schweiz passieren. Für schlimme Zufälle braucht es keinen Tsunami. Ich bin nicht länger bereit, dieses Risiko zu tragen“: Während Parteipräsident Flück den Delegierten einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie und damit eine Neupositionierung schmackhaft machen wollte, zog sich ein tiefer Graben durch die Delegierten (AZ, 14.04.2011).

2015 hatte sich die FDP wieder einheitlich zu dieser Angelegenheit positioniert und auf eine Anti-Atomausstieg-Meinung geeinigt. Allerdings entstanden Risse in dieser Stellungnahme, da

mit der Zeit vermehrte Erfolge seitens des erneuerbaren Energiemarktes sichtbar wurden. Gespalten zwischen dem Erhalt bestehender Leistungen der Energiewirtschaft und der gewinnbringenden Markteinführung neuer Energiequellen, bleibt dieser parteiinterne Konflikt gegenwärtig ungeklärt.

Ähnlich wie ihre Schwesterpartei hat [die FDP] ein ambivalentes Verhältnis zur Energiewende. Sie ist gegen ein ‚Weiter so‘ beim Ausbau von erneuerbaren Energien; noch mangle es an Möglichkeiten, um diese zu speichern (AZ, 02.04.2019).

Ihrerseits erlebte die CVP 2011 eine andere Form der Ambivalenz. Ihre Parteivertretung im Bundesrat war für die Energiepolitik zuständig, stammte ausgerechnet aus dem *Energiekanton Aargau* und plädierte für Energiewende und Atomausstieg. Trotzdem stimmten nicht alle Parteimitglieder mit dieser Richtung überein:

Bei der CVP gibt es einen atomfreundlichen Flügel, der auch nach Fukushima überzeugt ist, die saubere Stromversorgung funktioniere ohne KKW nicht. Es sei denn, man setze auf Atomstrom aus Frankreich, Kohlestrom aus dem Osten oder man verschmutze mit Gaskraftwerken die Luft. Das aber sei keine mit ethischen Grundwerten verantwortbare Politik (AZ, 29.08.2011).

Grundsätzlich behielt die CVP eine reservierte Haltung gegenüber der Energiewende über die Zeit. Obgleich viele Vertretungen dieser Partei positiv über diese Angelegenheit sprachen, waren Andersdenkende durchaus keine Seltenheit, traten allerdings mit der Zeit immer seltener auf:

Die Schweiz verdankt der umsichtigen Energieversorgung viel Wohlstand. Heute ist diese sicher, günstig, umweltfreundlich und unabhängig. Im Ländervergleich ist die Schweizer Energieproduktion auf Rang 1 in den Disziplinen Nachhaltigkeit und Leistungseffizienz. Die Energiewende opfert diesen Vorteil (AZ, 04.05.2017).

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) verhielt sich für ihren Teil durchgehend zurückhaltend gegenüber einer Infragestellung des gegenwärtigen Energiemixes und betonte, „an Kernkraftwerken und anderen grosstechnologischen Errungenschaften festhalten zu wollen“ (AZ, 22.03.2007). Auch infolge der großen Infragestellung der Kernkraft behielt sie ihre Position und verdeutlichte die Wichtigkeit dieser Energiequelle, um die Souveränität der nationalen Energieerzeugung sichern zu können. Hingegen wandelte sich ihr Urteil zu assoziierten Auseinandersetzungen zur Energiewende: „Um die Klimaproblematik in den Griff zu bekommen, setze die SVP deshalb auf mehr Eigenverantwortung und ‚geschickte technologische Antworten‘“ (AZ, 26.03.2019). Diese Haltung trat aber recht spät in der untersuchten Periode auf.

Schließlich grenzte sich die im Jahr 2008 entstandene Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) von Parteien aus demselben politischen Spektrum ab, indem sie sich als einzige rechte Einheit seit der Politisierung der Energiewende zugunsten dieser aussprach:

Die BDP nimmt für sich den Verdienst in Anspruch, in der Debatte um die Energiewende eine prägende Rolle zu spielen. Sich als erste bürgerliche Partei für einen geordneten Atomausstieg eingesetzt zu haben ist die ‚unique selling proposition‘, das Alleinstellungsmerkmal, das man im Wahlkampf gerne betont (AZ, 10.09.2015).



Zusammenfassend kann in dem Zeitraum eine leichte Isomorphie, vor allem seitens der zentral-rechten Parteien CVP, FDP und SVP in Richtung einer Akzeptanz der Mittel, die zu einer Energiewende führen könnten, beobachtet werden. Es ist schwer abzuschätzen, zu welchem Grad die Einstellungsänderungen der politischen Akteur:innen autoritär, mimetisch oder normativ herbeigeführt wurden. Zu den autoritären Einflüssen könnten die staatlich ergriffenen Maßnahmen gehören, die infolge der Nuklearkatastrophe von 2011 zu einer Aufrüttelung des Status quo geführt hatten. Mimetische Einflüsse konnten diesbezüglich strategisch erfolgen, indem beliebte Themenbereiche erkannt wurden und die Behandlung dieser Themen als Gelegenheit wahrgenommen wurde, sich mehr Stimmen von Wähler:innen anzueignen. Normative Einflüsse wurden durch den wissenschaftlichen Forschungsstand und fortschreitende Erkenntnisse gebildet, welche auch als Basis für Entscheidungsprozesse verwendet wurden. Schließlich kann eine Mischung aller drei Einflusskräfte in den Volksabstimmungsergebnissen zu energiepolitischen Angelegenheiten beobachtet werden, da sie aus gesellschaftlich wahrgenommenen Normen mimetisch aufgenommen wurden und ihre Ausführung autoritäre Wirkung hat. Letztlich kann eine Einstellungsänderung womöglich auch auf die Wahrnehmungsänderung, sprich die Framing-Entwicklung, zurückgeführt werden.

### **Synchrone und sukzessive Framing-Entwicklung**

Zu Beginn der untersuchten Periode im Jahr 2006 kam das Thema der Energiewende nur in 400-Zeichen kurzen Nachrichten oder anderen sporadisch auftretenden Artikeln auf. Dabei durchmischten sich die Darstellungsformen in Zusammenhang mit Klimaschutz und Atomausstieg. 2007 wurde der Begriff meist mit klimatischen Anliegen und der Energieeffizienz mit dem Stichwort „2000-Watt-Gesellschaft“ in Verbindung gebracht. In dieser Zeit wurde die Energiewende immer wieder in Anführungszeichen gesetzt, was auf eine noch zögerliche Aneignung des Begriffs hinweist. In den folgenden drei Jahren wurde die Energiewende kaum erwähnt, als ob sie in Vergessenheit geraten wäre. Seit Fukushima im Jahr 2011 nahm sie dafür auf einen Schlag einen prominenten Platz in der Berichterstattung und somit im kollektiven Bewusstsein ein. Dabei wurde die Energiewende in erster Linie mit dem Atomausstieg gleichgesetzt, begleitet von dem Slogan „Raus aus dem Atom-Wahnsinn“. Dieser Moment verkörpert somit die zwei ersten Framing-Änderungsphasen der Energiewende, sprich die Konventionalisierung und die Klassifizierung des Begriffs. Durch die plötzliche und intensive Ergreifung dieses Themas erfolgten die zwei Framing-Etappen nicht nacheinander, sondern parallel zueinander: Viele der Beitragenden eigneten sich diesen Begriff an und wiesen ihm eine bestimmte Bedeutung zu. Der ausschließlich mit der Kernkraft verbundene Diskurs hielt mehrere Monate an, bis Akteur:innen begannen, die Energiewende mit anderen Themen, wie der Lücke auf dem Arbeitsmarkt oder der mit der sofortigen Abschaltung der Kernkraftwerke verbundenen Energieversorgung, in Verbindung zu bringen.

Trotz der kürzlich etablierten Definition wurde das Verständnis um die Energiewende erneut geändert, dieses Mal über einen längeren Zeitraum und in Einhaltung der in diesem Text dargelegten, theoretischen Phasenreihenfolge der Framing-Entwicklung. Diese dürfte zwischen

2015 und 2016 stattgefunden zu haben, beginnend mit der häufigeren Verwendung des Begriffs „Energiewende“ durch Politiker:innen in Vorbereitung auf die nationalen Parlamentswahlen. Als Folge dieser neuen politisierten Themenergreifung und gekoppelt an die bevorstehende Volksabstimmung über das Energiegesetz im darauffolgenden Jahr 2017, wurde die Energiewende von einer breiteren Öffentlichkeit häufiger aufgegriffen als in den vergangenen Jahren. Diese teilten regelmäßig ihre Meinungen in Leser:innenbriefen der Aargauer Zeitung mit. Da der Diskurs über die Energiewende unterschiedliche Standpunkte beinhaltete und dadurch sehr vielfältig wurde, kann dieser Zeitraum als repräsentativ für eine zweite Konventionalisierungsphase der Framings eingeschätzt werden.

Das Verständnis des Begriffs umfasste diesmal nicht nur den Atomausstieg, sondern vermehrt erneuerbare Energien. Dazu drehte sich der Diskurs nicht nur um die Frage nach einer potenziellen Umsetzbarkeit, sondern um konkrete Umsetzungsmöglichkeiten. Somit wurden vermehrt alternative Technologien beschrieben, lokale Energieprojekte vorgestellt sowie Verfahren für die Anpassung von Heizungssystemen erwähnt. Eine ausgedehnte Klassifizierung trat hervor, die auf die vielfältigen Themenspezifitäten der Energiewende tatsächlich eingeht. Diese Tendenz entwickelte sich fortschreitend und erreichte einen Wendepunkt im Jahr 2018, als die Energiewende nach einem Dutzend Jahren wieder eng mit dem Klimawandel und umweltfreundlichen Maßnahmen assoziiert wurde. Dies erfolgte als Antwort auf damals entstandene „Klimademos“ und die Kommerzialisierung von Elektroautos.

Verglichen mit dem Stand von 2011 ist festzustellen, dass eine Naturalisierung des Begriffs geschah. Die stark konzentrierte Verknüpfung zwischen Energiewende und Atomausstieg wurde mittlerweile durch ein breitgefächertes Verständnis ersetzt, das verschiedene Themenbereiche eines vielschichtigen Energiesystems umfasst, aber sich grundsätzlich zu einer kohlenstoffarmen Zukunft positioniert. Obwohl der Naturalisierungsprozess das Vergessen der ursprünglichen Frames impliziert, die im untersuchten Fall mit der Atomkraft verbunden waren, sind Hinweise zu dieser Energiequelle immer noch in den Diskursen aufzufinden. Allerdings steht der Verzicht auf Kernenergie nun nicht mehr derart vehement auf der Agenda. Kernenergie wird sogar als geeignete Energiequelle für die Energiewende in Betracht gezogen. Die zuvor formulierte Hypothese, die eine Vereinheitlichung der Frames verlaublich machte, hat sich im Laufe der Untersuchung als nicht immer richtig erwiesen, da mehrere Framings zur Energiewende in den gesamten Erhebungszeiträumen zwischen 2006 und 2019 koexistierten, jedoch wurden diese aus mehreren verworrenen Beschreibungen in verschiedenen klaren Vorstellungen herauskristallisiert.

### **Eine Huldigung der Leistungsfähigkeit**

Wie in der vordefinierten Vermutung, dass die Energiewende mit zukunftsorientierten, effizienzfördernden und wissenschaftsfokussierten Werten in Verbindung gesetzt werden würde, hat die industrielle Welt den Diskurs laufend dominiert. Dies zeichnete sich durch eine faktische Berichterstattung, die wissenschaftliche Sachverhalte erklärte, zwei energieerzeugende Modelle einander gegenüberstellte und allgemein Leistungsfähigkeit,

Technik und Kontrolle als erwünschte Normen wiedergab. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die industrielle Welt konfliktfrei war. Ganz im Gegenteil wurde der Vorfall in Fukushima als Leistungsversagen und der Klimawandel als unkontrollierbare Kraft dargestellt.

Nach mehr als 1100 Tagen darf Betreiberin Axpo den ersten Reaktorblock des Atomkraftwerks wieder in Betrieb nehmen. Die festgestellten Einschlüsse im Druckbehälter gefährdeten die Sicherheit des Reaktors nicht, befanden die Experten (AZ, 14.03.2018).

In diesem Zusammenhang wird die industrielle durch die bürgerliche Welt ergänzt, indem letztere abwechselnd als Unterstützung und als Verhinderung der Ersteren dient. Hinsichtlich der in der industriellen Welt als unzulänglich wahrgenommenen Klima- und Nuklearkrisen, die die öffentlichen Güter und den sozialen Zusammenhalt bedrohen, intervenieren zivilgesellschaftliche Vertreter:innen und versuchen, die geeignetste Lösung angesichts der lokalen Gegebenheiten zu entwickeln. Dabei werden Eigenschaften der bürgerlichen Welt mehr im negativen als im positiven Sinne dargestellt, indem Unzulänglichkeiten wie der Individualismus oder das Staatsversagen etwas häufiger in den Diskursen vorkommen als Wertigkeiten für das Allgemeinwohl.

Die Energiewende ist nicht bloss eine Frage von Technik und Wirtschaft, sondern auch von politischem Willen und Akzeptanz [...]. Politischer Wille? Das Thema ist immer noch stark ideologisiert und in den Händen von Fundamentalisten. Weil die einen dafür sind, sind die anderen dagegen. Im Ergebnis kommt die Sache langsam, zu langsam voran. Andere Länder, nicht ‚behindert‘ durch Demokratie, sind zügiger unterwegs (AZ, 21.10.2007).

Hingegen stehen die industrielle und die Marktwelt oft im Einklang miteinander, da die Sorge um Effizienz und optimale Ressourcenallokation mit marktorientierten Fragestellungen wie Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit geteilt wird. Dafür sorgen bei Energiequellenvergleichen die Argumentationen „Technik versus Kosten“ für Unstimmigkeit. Meinungsverschiedenheiten treten meistens nur dann auf, wenn andere Werteordnungen mit einbezogen werden. Unabhängig von der industriellen Welt treten oft die bürgerliche und die Marktwelt gegeneinander auf und verkörpern somit die dauernden Widersprüche eines sozial-liberalen Wohlfahrtsstaates.

Mit diesem Strom können 3000 sparsame Haushalte versorgt werden. Die privaten Investoren bereuen die Investitionen nicht, sie haben sich nicht verspekuliert (AZ, 11.07.2009).

Zudem will die Regierung Rücksicht nehmen auf Unternehmen, allerdings nur auf solche, deren ‚Betrieb oder Produktion besonders treibhausgas- oder energieintensiv ist‘. Sie sollen nur reduzierte Abgaben oder gar keine leisten müssen (AZ, 29.10.2015).

Ähnlich wie in der bürgerlichen sichert die häusliche Welt eine moralische Ausweitung anderer Bezugsgrößen, aber anders als die bürgerliche behindern häusliche Werte wie Tradition meistens das Voranschreiten der Energiewende. Oft wurde der häuslichen Wertigkeit Minderwertigkeit unterstellt, um bestimmte Akteur:innengruppen anzuprangern, auch wenn diese Aussagen nicht direkt eine häuslich orientierte Bezugsordnung verwenden. Typischerweise wurden diese Werte herabgestuft, um Gegner:innen neuer Projekte oder progressive Lösungsvorschläge zu delegitimieren.

Die Abstimmung hat gezeigt, dass man umso eher für den Einsatz der Kernenergie ist, je mehr man darüber weiss und das scheint umso eher der Fall zu sein, je näher man bei einem Atomkraftwerk wohnt und dort auch entsprechende Fragen stellt (AZ, 29.11.2016).

Von der unbedeutenden Anzahl der Fälle, in denen inspirierte Werte identifiziert wurden, sind die meisten in Zusammenhang mit der häuslichen Welt vorzufinden. Inspirierte Bezugsordnungen wie Handlungsfreiheit und Souveränität werden oft mit den häuslichen Werten der Geborgenheit und Heimatliebe in Verbindung gesetzt. Im Gegensatz dazu gehört zur Wertschätzung der Inspiration auch die Experimentierfreude und der Pionier:innengeist, die zusammen mit industriellen Werten zum Ausdruck kommen. Die Vereinbarkeit dieser drei Bezugsordnungen könnte schwierig erscheinen, ist dennoch möglich:

Wir wollen frei sein wie die Väter waren. Dieser Spruch Tells hat auch heute noch seine Berechtigung. Ich will als kleiner Bürger die Freiheit haben, selbst zu bestimmen, welche Energiequellen ich verwende. Ich will [...] Solarstrom, produziert auf dem Dach meines Nachbarn, der künftig dank eines angemessenen Strompreises nicht auf Subventionen angewiesen sein wird (AZ, 05.10.2017).

Was die Meinungswelt anbetrifft, so ist sie so selten in der Stichprobe aufgetaucht, dass kaum relevante Tendenzen zu beobachten waren. Schilderungen in Form von Porträts von lokalen Persönlichkeiten stellten die wenigen Vorkommnisse dieser Bezugsordnung dar. Anhand dessen ist annehmbar, dass die Energiewende wohl wenig Übereinstimmung mit Werten der Prominenz zu tun hat.

Der Dokumentarfilm ‚Climate Warriors‘ verbindet die stärksten Szenen aus der Erfolgs Doku [sic] ‚Power to Change‘ mit Erlebnissen von Klimaaktivisten aus Deutschland und den USA. Darunter unterschiedliche Persönlichkeiten wie der junge Hip-Hop-Künstler Xiuhtezcatl Martinez, Youtuberin Joylette Portlock oder Hollywood-Actionstar Arnold Schwarzenegger (AZ, 02.04.2019).

Bei dem Versuch, die Ergebnisse auf einen allgemeinen gesellschaftlichen Kontext zu übertragen, könnten allerdings im übertragenen Sinn alle Zeitungsbeiträge zu der Meinungswelt gehören, da die rekurrierende Berichterstattung eines Themas seine Nachrichtenwürdigkeit belegt und somit in die Bezugsordnung der Meinungswelt fallen würde.

## **Zusammenfassung**

Entsprechend den Beobachtungen hat sich das Verständnis des Begriffs *Energiewende* im Laufe des letzten Jahrzehnts insofern weiterentwickelt, dass sich eine kollektive Rationalität um dieses Thema aufgebaut hat. Erstmals in Zusammenhang mit einem Ausnahmeereignis verbreitet, führte die darauffolgende Politisierung dazu, dass sich die Öffentlichkeit diesen Begriff aneignete. Während die Öffentlichkeit vor zehn Jahren unter Energiewende den Ausstieg aus der Kernenergie verstand und diesen als Herausforderung interpretierte, nähert man sich heute der Bedeutung eines kohlenstoffarmen oder sogar emissionsfreien Übergangs an und betrachtet die Energiewende als eine Notwendigkeit. Diese Umstellung erfolgte durch die wechselseitigen Reaktionen von Akteur:innenkoalitionen. Befürwortende der Wende waren zahlreicher als ablehnende und skeptische Stimmen, was zu einer langsamen Akzeptanz dieser Problematik führte, allerdings eine stetige minderheitliche Opposition nicht verhinderte. Zudem sorgte die Auseinandersetzung mit diesem Thema für Legitimität und Ansehen der



politischen Akteur:innen, die in der Diskursentwicklung ohnehin Vorrang hatten. Die häufigsten wiederkehrenden Argumentationen beinhalteten leistungsorientierte, zukunftsweisende und wissensinduzierende Werte, die entweder durch gemeinschaftsfördernde oder marktorientierte Eigenschaften unterstützt oder diesen gegenübergestellt wurden. Als ein Versuch, diese Ergebnisse zusammenzufassen, zeigt die folgende Abbildung die Beobachtungen schematisch nach dem voraus entworfenen theoretischen Modell auf.

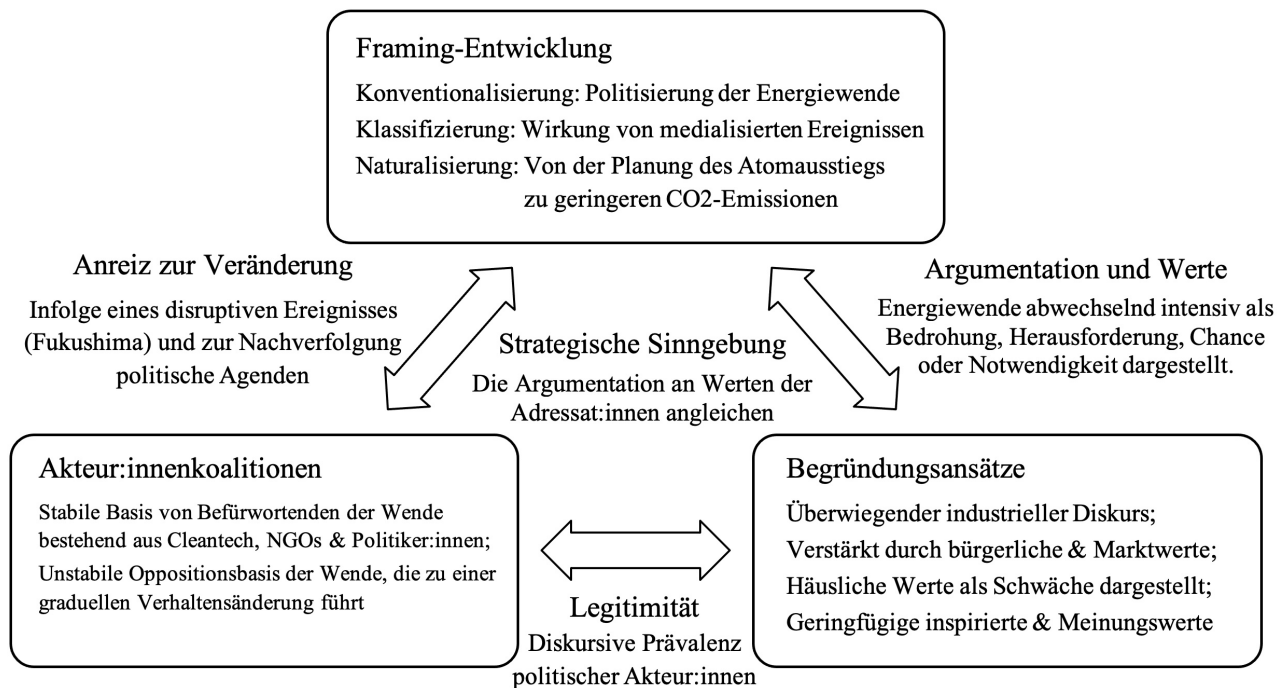


Abbildung 2: Synthese der sinnstiftenden Prozesse in Bezug auf die durchgeführte Analyse.

## Abschließende Auffassungen

Die Schlussfolgerungen dieser Studie können in folgenden Punkten zusammengefasst werden. Einerseits ist die geschehene Isomorphie zumindest teilweise auf die Überzeugungsstrategie der Befürworter:innen der Energiewende zurückzuführen, weil sehr früh viele verschiedene Akteur:innen und Diskurse aufgekommen und dabei wirtschaftliche Vorteile einer Energiewende aufgezeigt worden sind. Die Tatsache, dass Befürwortende der Energiewende dieselben Werte eingesetzt und dieselben Ausdrücke verwendet haben wie ihre Opponent:innen, sorgt für eine progressive Einstellungsänderung letzterer gegenüber der Energiewende. Andererseits unterstreichen diese Ergebnisse, wie entscheidend die Politik in institutioneller und kommunikativer Hinsicht im Hinblick auf den soziotechnischen Wandel ist. Trotz vorherrschender technokratischer Diskurse widerspricht das politische Attribut der öffentlichen Debatte jeder Annahme eines technologischen Determinismus in Sachen Energiewende. Anders ausgedrückt: Leistungswerte sind bei der Abstimmung über anstehende infrastrukturelle Anpassungen nicht vorherrschend, sondern werden durch andere Qualitäten ergänzt, die die implizit technikorientierten Eigenschaften des Themas abmildern können. Drittens hat der Größte Anzunehmende Unfall (GAU) in Fukushima zu mehr Aufmerksamkeit für eine

Problematik geführt, die in einer raschen Einstellungs- und Verhaltensänderung resultierte. Diese Änderungen können unterstützend oder ablehnend sein, aber die Übermediatisierung der Problematik führte auch dazu, dass mehr Informationen über dieses Thema verbreitet und das Thema die Energiewende somit verallgemeinert wurde.

## **Biografie**

Clarisse Aeschlimann studierte Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der zweisprachigen Universität Freiburg (Schweiz) und hat anschließend einen interdisziplinären Master in Innovation und Gesellschaft an der Universität Neuenburg abgeschlossen. Parallel zu ihrer akademischen Laufbahn war sie freischaffende Journalistin, Übersetzerin und Illustratorin für „Spectrum“, dem ältesten studentischen Magazin der Schweiz. Dazu hat sie an mehreren Medienforschungsprojekten, welche als Schwerpunkt politische Kommunikation untersuchten, als Codiererin mitgewirkt. Zu ihren Forschungsinteressen gehören Wissenschaftskommunikation, Meinungsbildungs- sowie Medienwirkungsforschung.

## Bibliografie

- Bonfadelli, Heinz & Friemel, Thomas (2011). *Medienwirkungsforschung*. 4th ed., UVK Verlag.
- Cloutier, Charlotte. & Langley, Ann (2013). „The Logic of Institutional Logics: Insights From French Pragmatist Sociology”. *Journal of Management Inquiry* 22 (4), S. 360–380, DOI: 10.1177/1056492612469057.
- Cornelissen, Joep P. & Werner, Mirjam D. (2014). „Putting Framing in Perspective: A Review of Framing and Frame Analysis across the Management and Organisational Literature”. *The Academy of Management Annals* 8 (1), S. 181–235, DOI: 10.1080/19416520.2014.875669.
- Diaz-Bone, Rainer & Thévenot, Laurent (2010). „Die Soziologie der Konventionen. Die Theorie der Konventionen als ein zentraler Bestandteil der neuen französischen Sozialwissenschaften”. *TRIVIUM*, 5 | 2010. URL: <http://journals.openedition.org/trivium/3557>. DOI: 10.4000/trivium.3557.
- DiMaggio, Paul J. & Powell, Walter W. (1983). „The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organisational Fields”. *American Sociological Review* 48 (2), S. 147–160, DOI: 10.2307/2095101.
- Frei, Fanny E. (2018). *Incumbents in The Energy Transition: How Electric Facilities Adapt To Their Changing Business Environment*. Doctorarbeit, Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich.
- Gauthier, Jean-Michel (21st March 2019). *Energy Transition: The cost of a new revolution in Europe* [Conference Session]. Fachverein Ökonomie (fvoec), Universität Zürich. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=VDa5ZJFy2ls>.
- Godard, Olivier (2004). „De la pluralité des ordres — Les problèmes d’environnement et de développement durable à la lumière de la théorie de la justification”. *Géographie, Économie, Société* 6, S. 303–330. DOI: 10.3166/ges.6.303-330.
- Grunwald, Armin (2012). *Technikzukünfte als Medium von Zukunftsdebatten und Technikgestaltung*. KIT Scientific Publishing.
- Hasse, Raimund (2012). „Institutionskonzepte in kommunikationswissenschaftlicher Perspektive”. In Künzler, Matthias et al. (Hrsg.): *Medien als Institution und Organisationen. Institutionalistische Ansätze in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft*. Nomos, S. 43–62.
- Hoffman, Andrew J. (1999). „Institutional Evolution and Change: Environmentalism and the U.S. Chemical Industry”. *The Academy of Management Journal* 42 (4), S. 351–371. DOI: 10.2307/257008.
- Hoffman, Andrew J., & Ventresca, Marc J. (2002). *Organisations, Policy and the Natural Environment: Institutional and Strategic Perspectives*. Stanford University Press.
- Kanton Aargau (2019). „Energie”. Department Bau, Verkehr und Umwelt. URL: <https://www.ag.ch/de/bvu/energie/energieversorgung/energieversorgung.jsp>.
- Kohring, Matthias & Potthoff, Matthias (2014). „Die Berücksichtigung von Kohärenz in der empirischen Analyse textueller Frames”. In Marcinkowski, Frank (Hrsg.): *Framing als politischer Prozess: Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation*. Nomos, S. 29–44.



- Leifeld, Philip & Haunss, Sebastian (2012). „Political discourse networks and the conflict over software patents in Europe”. *European Journal of Political Research* 51, S. 382–409. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2011.02003.x.
- Livian, Yves-Frédéric & Herreros, Gilles (1994). „L’apport des économies de la grandeur : Une nouvelle grille d’analyse des organisations ?”, *Revue française de gestion* 101, S. 43–59.
- Litrico, Jean-Baptiste & David, Robert J. (2017). „The Evolution of Issue Interpretation Within Organisational Fields: Actor Positions, Framing Trajectories, and Field Settlement”. *Academy of Management Journal* 60 (3), S. 986–1015. DOI: 10.5465/amj.2013.0156.
- Lounsbury, Michael & Zhao, Eric Yanfei (2013). „Neo-institutional Theory”. *Oxford Bibliographies in Management*. DOI: 10.1093/obo/9780199846740-0053.
- Lovins, Amory B. (1976). „Energy Strategy: The Road not Taken?”. *Foreign Affairs* 55 (1). URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/1976-10-01/energy-strategy-road-not-taken>.
- Marek, Daniel (2014). „Energie”. *Historisches Lexikon der Schweiz*. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026220/2006-10-23/>.
- Marcinkowski, Frank (2014). „Framing als politischer Prozess: Eine Einleitung”. In *Framing als politischer Prozess: Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation*. Nomos, S. 7–16.
- Raupp, Juliana & Völker, Daniel (2014). „Was ist strategisch am strategischen Framing? Eine Untersuchung zur Gestaltung von Frame-Elementen am Beispiel der Regierungskommunikation in der Finanzkrise”. In Marcinkowski, Frank (Hrsg.): *Framing als politischer Prozess: Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation*. Nomos, S. 127–142.
- Romerio, Franco (2007). *Les controverses de l’énergie. Fossile, hydroélectrique, nucléaire, renouvelable*. Lausanne. Presses polytechnique et universitaires romandes, coll. Le savoir suisse.
- Sovacool, Benjamin K. (2015). „How long will it take? Conceptualizing the temporal dynamics of energy transitions”. *Energy Research & Social Science* 13, S. 202–215. DOI: 10.1016/j.erss.2015.12.020.

## Zitierte Zeitungsartikel der Aargauer Zeitung

<i>Jahr</i>	<i>Monat</i>	<i>Tag</i>	<i>Titel</i>	<i>Form</i>
2007	Mär	22	Letztes Wort beim Volk: Hitzige Umwelt- und Energie-Sonderdebatte	Artikel
	Okt	21	Ein neues KKW braucht es noch. Eines.	Lesebrief
2009	Jul	11	Kommt die Energiewende auch im Fricktal?	Artikel
2011	Apr	14	Nein zur jungfreisinnigen Energiewende: Berner FDP hält an Volksvorschlag fest – trotz Fraktions-Ja zur Grossrats-Vorlage	Artikel
	Aug	29	Präsidentin könnte Ausstieg besiegeln: Der Grosse Rat diskutiert morgen stundenlang über Aargau mit oder ohne KKW	Artikel
	Nov	16	Energiewende: So wurde abgestimmt	Artikel
2015	Sep	10	Energiewende: Mehrheit der Nationalratskandidaten ist für den Atomausstieg, nur die SVP bleibt unbeirrt auf Atomkurs	Artikel
	Okt	29	Bundesrat hält an Lenkungsabgaben fest: Diverse Artikel zur Umsetzung der Energiewende	Artikel
2016	Nov	28	Nach der Schlacht ist vor der Schlacht: Gegner und Befürworter der Energiestrategie bringen sich in Stellung für den nächsten Abstimmungskampf	Artikel
		29	Heute; Der Blattmacher empfiehlt	Artikel
2017	Mai	4	CVP Bezirk Zurzach	Artikel
		10	Der richtige Weg in die Energiezukunft: Abstimmung über das Energiegesetz am 21. Mai: Lesermeinungen zu der umstrittenen Vorlage	Lesebrief
2018	Mär	14	Atomdebatte im Aargau: Beznau-Entscheid und Endlager-Standort sind umstritten	Artikel
2019	Mär	26	Sie haben gut Lachen: BDP und SVP auch fürs Klima	Artikel
	Apr	2	Keine Kompromisse, wenns ums Klima geht: 14 Organisationen zeigten Film «Climate Warriors»	Artikel